Motion Dr. Charles Meier vom 28. Juni 2007 betreffend Anpassung der Entschädigung des Einwohnerrates

Text

Der Gemeinderat wird ersucht, dem Einwohnerrat vor Jahresende 2007 Bericht und Antrag zu einer Anpassung der Einwohnerratsentschädigung ab 2008 zu unterbreiten.

Begründung

1. Seit Januar 1990 bin ich Mitglied des Einwohnerrates. Bei Antritt des Mandates betrug die Entschädigung pro Sitzung Fr. 80.00. Nach 12 Jahren wurde sie im Jahre 2002 auf Fr. 100.00 (+ 12.5 %) angehoben; im Zeitraum 1990 bis 2007 betrug die jährliche Erhöhung im Schnitt somit rund 0.7 %.

Unter Einbezug von a) Aktenstudium, b) Fraktionssitzung, c) kurze Vorbereitungs-Sitzung vor der Einwohnerratssitzung und d) Einwohnerratssitzung beträgt der Arbeitsaufwand bei seriöser Mandatsausübung für jede Einwohnerratssitzung ca. 9 - 10 Stunden; die Pauschale von Fr. 100.00 pro Sitzung entspricht somit einem Stundenlohn von ca. Fr. 10.00 bis Fr. 11.00 bzw. etwa 40 % des üblichen Lohnes einer Raumpflegerin.

2. Die Einwohnerrätinnen und Einwohnerräte sind somit die billigsten Arbeitskräfte in der Gemeinde, obwohl das Gemeindeparlament formell als die höchste Instanz in der Gemeinde betrachtet wird. Traditionell wurde das Amt eines Einwohnerrates als "Ehrenamt" bezeichnet und im Volk herrschen zum Teil romantische Vorstellungen über die Privilegien von Einwohnerrätinnen und Einwohnerräten. Für die Mehrzahl der Ratsmitglieder bedeutet das Einwohnerratsamt in der Praxis jedoch zusätzliche Arbeit nach Feierabend, Abwesenheit von der Familie und "Abhandlung" in der Lokalpresse.
3. Wie schlecht der Einwohnerrat bezahlt ist, zeigt auch ein Vergleich mit den Pauschal- bzw. Stundenansätzen gemäss der Verordnung über die Entrichtung von Taggeldern und Sitzungsentschädigungen der gemeinderätlichen Kommissionen vom 6. Januar 1994 sowie mit der Verordnung über die Besoldung des Gemeindeammanns, des Vizeammanns und der übrigen Mitglieder des Gemeinderates für die Amtsperiode 2002 – 2005:

Vergleichbare Ansätze:

§ 2 der Verordnung vom 6. Januar 1994 = ca. Fr. 50.00 pro Stunde

§ 3 Zuschlag für Sitzungspräsidium oder Protokoll Fr. 40.00, für Gemeindeangestellte Fr. 20.00

§ 5 Bei Verdienstausschluss durch seine Tätigkeit für die Gemeinde: zusätzliche Entschädigung bis zu höchstens Fr. 200.00 pro Tag.

§ 7 Wahlbüro an Werktagen: Fr. 30.00 pro Stunde; an Sonntagen Fr. 40.00 pro Stunde

4. Bei der Feuerwehr beträgt die Entschädigung pro Einsatzstunde gemäss Artikel 1 des Rahmentarifes vom 4. Dezember 1997 je nach Dienstgrad Fr. 40.00 bis Fr. 70.00 pro Stunde.
5. Die Einwohnerrätinnen und Einwohnerräte befassen sich grundsätzlich mit der gleichen Materie wie der Gemeindeammann und die Gemeinderäte. Die Entschädigungen von Gemeindeammann und Gemeinderäte sind in der Verordnung vom 5. April 2001 wie folgt festgelegt:

-
- Gemeindeammann: Fr. 230'000.00
 - Vizeammann Fr. 45'000.00
 - Gemeinderäte Fr. 35'400.00

Geht man von einer nominellen Netto-Jahres-Arbeitszeit von 1'900 Stunden für den Gemeindeammann und von 752 Stunden für die Gemeinderäte aus, ergeben sich folgende Entschädigungen pro Arbeitsstunde:

- Gemeindeammann rund Fr. 121.00
- Gemeinderäte rund Fr. 47.00

Auch aus dieser Sicht ist somit die Entschädigung des Einwohnerrates unterproportioniert.

6. Die Gesamtkosten des Einwohnerrates in Relation zum Budgetumsatz sind irrelevant. Sie betragen im Jahre 1998 0.412 % und sind dann ab 1999 regelmässig zurückgegangen, im Jahre 2006 betrug der Anteil gerade noch 0.295 %! Zwar wurde die Entschädigung des Einwohnerrates an der Sitzung vom Januar 2006 bereits festgelegt; Gemeinderat und Einwohnerrat sind jedoch meines Erachtens befugt, auf den damaligen Entscheid nochmals zurückzukommen.
7. Es ist in der heutigen Zeit sehr schwierig geworden, für eine ehrenamtliche politische Tätigkeit kompetente Kandidatinnen und Kandidaten zu finden. Junge und Mid-Career-Leute, die im Berufsleben voll gefordert werden und ihre Zeit zwischen Beruf, Familie, Sport u.a.m. aufteilen müssen, kann man mit einer Nettoentschädigung in Höhe von 40 % eines Raumpflegerinnen-Stunden-Lohnes nicht mehr für eine Kandidatur gewinnen. Falls der Gemeinderat tatsächlich Interesse an einem kompetenten Einwohnerrat hat, müsste er die Dringlichkeit einer besseren Entschädigung des Einwohnerrates einsehen und zur Tat schreiten.